Newsletter Dezember 2022

Wahlkreisbüro Dortmund
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
www.anja-butschkau.de

Fon: 0231 – 58 56 18
Fax: 0231 – 58 56 28
anja@anja-butschkau.de

Liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,
liebe Genossinnen und Genossen,

Krisenzeiten sind Zeiten eines starken Sozialstaats. Wie das Gegenteil davon aussieht, kann man momentan in Nordrhein-Westfalen erleben. Monatelang hat die schwarz-grüne Landesregierung so getan, als ginge sie die Energiekrise nichts an. Anstatt zu handeln, rief Schwarz-Grün nach dem Bund. CDU und Grüne gefährden somit in seltener Ignoranz die dringend notwendigen Hilfen für die Menschen und Unternehmen in NRW.
Als es dann vor einigen Tagen doch noch endlich Bewegung in Düsseldorf gab, legte die Landesregierung eine glatte Verfassungsbruchlandung hin. Genau genommen zwei. Gleich zweimal musste der Landesrechnungshof die Nachtragshaushaltspläne der Landesregierung als verfassungswidrig rügen. Zuerst wollte diese die Mittel aus dem Sondervermögen zur Bewältigung der Corona-Pandemie für die Bewältigung der Energiekrise zweckentfremden. Als die Landesregierung dann schließlich ein eigenes Sondervermögen für die aktuelle Krise auflegen wollte, unterließ sie es anzugeben, wie sie die Mittel konkret einsetzen möchte.
Noch immer gibt es also kein konkretes Unterstützungspaket in NRW. Ministerpräsident Wüst muss endlich Verantwortung übernehmen, seine Fehler eingestehen und einen rechtlich einwandfreien Haushalt vorlegen, um das derzeitige finanzpolitische Chaos zu beenden. Krise braucht Klarheit! Wir können uns in dieser Zeit nicht erlauben, in einem langwierigen Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof in Münster rechtlich prüfen zu lassen, ob der Haushalt verfassungskonform ist.
Mit diesem unrühmlichen Kapitel Landespolitik endet ein ereignisreiches Jahr. Ich blicke zurück auf einen kämpferischen Landtagswahlkampf, in dem ich mit vielen engagierten Helfer*innen unser Landtagsmandat verteidigen konnte. Es war ein Jahr, das weiter von der Corona-Pandemie, vom Ukraine-Krieg, steigender Inflation und der Energiekrise gekennzeichnet war. Ein Jahr, das zeigt, dass die Sozialdemokratie weiter gebraucht wird, um die Lebensverhältnisse der Menschen zu sichern. Ich bin froh, dass wir in dieser schwierigen Zeit zumindest auf Bundesebene eine Regierung haben, die von der SPD geführt wird. Wie das Gegenteil aussieht, erleben wir, wie eingangs erwähnt, in NRW.

Ich wünsche Ihnen/Euch nun aber erst einmal eine besinnliche und erholsame Weihnachtszeit und einen guten Rutsch ins neue Jahr. Mein Büro macht in dieser Zeit ebenfalls eine Weihnachtspause. Wir stehen Ihnen/Euch ab dem 09.01.2023 wieder zur Verfügung. In dringenden Fällen sind wir aber jederzeit per E-Mail erreichbar.
Nun wünsche ich eine interessante Lektüre des Newsletters.

Ihre/Eure

Kann die Landesregierung die Bildungskatastrophe noch abwenden?

Unser Bildungssystem von der Kita bis zum Abitur fährt auf Verschleiß. Es herrscht Mangel allerorten: Erzieher*innen, Lehrkräfte, fehlende Gebäude, marode Gebäude, hoher Krankenstand. Allein im kommenden Jahr fehlen 102.000 Kitaplätze. Und jetzt musste die Landesregierung kleinlaut eingestehen: NRW wird es nicht schaffen, den Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz in der Grundschule ab 2026 umzusetzen. Dazu fehlen aktuell nämlich stolze 260.000 Ganztagsplätze.

Dieses Kaputtsparen der frühkindlichen Bildung hat Folgen: Der IQB-Bildungstrends 2021 hat drastische Defizite bei Grundschüler*innen im Lesen, Schreiben und Rechnen aufgezeigt. Das ist eine Bildungskatastrophe. Eine Katastrophe, die nicht einfach auf das Kita- und Schulchaos der Pandemie zurückzuführen ist, sondern Ergebnis einer chronischen Unterfinanzierung der frühkindlichen Betreuung und Bildung ist.

Wir müssen jetzt umsteuern und begreifen, dass jeder Euro in die Bildung eine Zukunftsinvestition ist, die sich mehrfach auszahlt. Deshalb schlagen wir einen Bildungs- und Betreuungsgipfel, eine Personaloffensive und eine umfassende Reform des KiBiz vor.

Nun wurde auch noch bekannt, dass die Zahl der offenen Lehrer*innenstellen in NRW deutlich höher ist, als bisher angenommen. Rund 8.000 Stellen sind unbesetzt. Vor allem in den Grundschulen fehlt es an einer ausreichenden Lehrkräfteversorgung. Es geht auch um mangelnde Grundkompetenzen von Grundschüler*innen, um fehlendes Geld im System, um fehlende multiprofessionelle Teams und um einen schlechten Zustand der mentalen Gesundheit von Schüler*innen und Lehrkräften.

Ein halbes Jahr hatte die Landesregierung Zeit, sich um ein Konzept zu kümmern, wie sie die Bildungskatastrophe verhindern will. Erst nachdem es in der letzten Plenarsitzung in einer Aktuellen Stunde noch einmal hoch herging, stellte die Schulministerin Dorothee Feller wenige Tage später ihr Handlungskonzept Unterrichtsversorgung vor. All die Maßnahmen, die wir seit vielen Jahren fordern, wie die Erleichterung des Seiteneinstiegs oder die bessere Wertschätzung der Lehrkräfte, wurden endlich übernommen. Neben den guten Überschriften mangelt es dem Handlungskonzept aber an Breite und Tiefe. Fragen zur kurzfristigen Entlastung der Lehrkräfte bleiben zudem leider unbeantwortet.

Der Landesregierung fehlt nach wie vor der Überblick. Das merkte man auch bei der Beantwortung einer Kleinen Anfrage. Wir wollten wissen, wo es real an Lehrkräften fehlt, auch weil z.B. Kolleg*innen in Elternzeit oder dauerhaft krank sind.

Hierüber führe die Landesregierung keine Statistik, das sei nur den Schulen und Schulträgern bekannt.

SPD-Antrag auf eine Aktuelle Stunde „Neue Dimension der Bildungskatastrophe - Lehrkräftemangel noch größer als befürchtet!“: bit.ly/3PBvefo

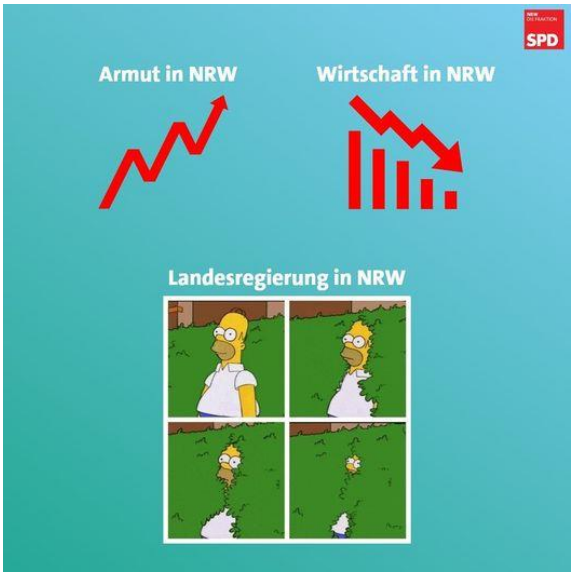
SPD-Antrag „Betreuungs-Gipfel jetzt! Herausforderungen des Kita- und OGS-Ausbaus gemeinsam angehen, um die Bildungskatastrophe in der frühkindlichen Bildung zu verhindern“: bit.ly/3Gdy3Al

Nach Schüssen auf alte Synagoge in Essen: Antisemitismus bekämpfen!

Beschämt, erschrocken und wütend. So fühlte ich mich, als ich las, dass auf das Rabbinerhaus der alten Essener Synagoge geschossen wurde. Ein unfassbarer antisemitischer Vorfall, der sich in den Folgetagen auch andernorts wiederholen sollte. Ein Molotowcocktail wurde auf eine an die Bochumer Synagoge angrenzende Schule geworfen. Auch auf unsere Dortmunder Synagoge war ein Brandanschlag geplant. Und damit ist es wieder da. Das hässliche Gesicht des Antisemitismus - des Judenhasses. Mitten unter uns, unverhüllt, dreist, erschreckend. Mittlerweile geht man davon aus, dass der iranische Staat hinter diesen Anschlägen steckt.
Nie wieder. Das ist der Gründungsruf unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Nie wieder wollen wir ein Verbrechen wie den Holocaust zulassen. Und doch erleben wir wieder Anschläge auf jüdisches Leben. Das ist inakzeptabel! Es ist auch nicht zu ertragen, dass Jüdinnen und Juden in Deutschland immer wieder Diskriminierungen, Beleidigungen und Drohungen ausgesetzt sind. Denn Jüdinnen und Juden sind ein fester Teil unserer Gesellschaft.
Im Landtag haben die demokratischen Fraktion eine aktuelle Stunde einberufen, um genau das unmissverständlich klar zu machen und um die antisemitischen Übergriffe auf die jüdische Kultur und auf jüdisches Leben zu verurteilen.

Interfraktioneller Antrag auf eine Aktuelle Stunde „Antisemitismus entschieden bekämpfen!“: bit.ly/3G1kfZk

Armutszeugnis statt Armutskonferenz



In der letzten Woche veranstaltete die Landesregierung eine Konferenz gegen Armut. Es war der erneute Beweis, dass Schwarz-Grün keinen Fahrplan zur Unterstützung von in Armut lebenden Menschen in NRW hat. Armut muss unbedingt an der Wurzel bekämpft werden. Natürlich brauchen Tafeln und Wohnungsloseneinrichtungen kurzfristig Unterstützung. Doch langfristig ergibt es nur Sinn, wenn man die Ursachen identifiziert und beseitigt.
Die Daten und Fakten über Armut in NRW sind längst bekannt. Jede*r Fünfte hier ist arm. Jetzt

gilt es, Verantwortung zu übernehmen, um beispielsweise frühkindliche Bildung und kostenlose Mittagessen in Kitas durchzusetzen. Finanzschwache Kommunen brauchen endlich Handlungsspielraum, um den Kampf gegen Armut aufnehmen zu können. NRW braucht eine Strategie mit konkreten Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung von Armut. Eine solche Strategie haben wir in der letzten Plenarwoche von der Landesregierung eingefordert.

SPD-Antrag „NRW braucht jetzt eine Strategie gegen Armut!“: bit.ly/3GdxA13

NRW-Wirtschaft schrumpft um 2,8%. Wüst muss endlich handeln!

Dort oben leuchten die Sterne, hier unten… leuchtet NRWs rote Wirtschaftslaterne und schlägt Alarm: Denn während andere Bundesländer sogar ein Wachstum verzeichnen konnten, schrumpfte die Wirtschaftsleistung von NRW im dritten Quartal 2022 um satte 2,8 Prozent. Schlusslicht unter allen Bundesländern. Und ein Riesenproblem für Betriebe und Arbeitnehmende: Es drohen Arbeitsplatzverluste und soziale Not.

Damit rächt sich jetzt die zögerliche Passivität von Hendrik Wüst. Denn diese Landesregierung hat immer noch nicht verstanden, dass NRW mit seiner energieintensiven Industrie besonders unter der aktuellen Krise leidet. Diese Regierung will einfach nicht einsehen, dass sie alles tun muss, um die Betriebe gut durch die Krise zu bringen. Dabei fordern wir schon seit Monaten beherzte Hilfspakete und einen Krisenfahrplan für unsere Betriebe. Dazu zählt zum Beispiel ein Transformationsfonds in Höhe von 30 Milliarden Euro, um die klimaneutrale Umgestaltung unserer Produktionsprozesse zu ermöglichen. Wüst muss endlich handeln! Wir haben das von uns geforderte Maßnahmenpaket jetzt gebündelt in einen Antrag gegossen.

SPD-Antrag „NRW auf dem letzten Platz - nach katastrophalem Schrumpfen der Wirtschaft muss die Landesregierung mit aktiver Wirtschaftspolitik die Wende schaffen“: bit.ly/3WbkzKD

Landesregierung spart bei Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt

Wie nennt eine Landesregierung das, wenn sie Mittel für den Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt um 1,85 Millionen Euro kürzt? Richtig, sie nennt es eine Erhöhung. So zumindest sieht es Gleichstellungsministerin Josefine Paul von den Grünen. Ist ja auch klar, wenn man als Vergleichsjahr 2020 nimmt, statt 2022.

Witzig ist an dieser windschiefen Argumentation allerdings gar nichts: Unsere Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen sind die letzte Zuflucht für Frauen und Mädchen, die Opfer von Gewalt werden. Und dass wir überhaupt ein halbwegs belastbares Frauenhilfesystem haben, liegt

eben nicht am Geldsegen der Landesregierung, sondern am unermüdlichen Einsatz der Frauenhausszene und ihrer Unterstützer*innen: Ohne Ehrenamt und Spenden ginge nämlich gar nichts. Wenn Ministerin Paul jetzt sagt, der Bedarf sei gedeckt, dann ist das schlichtweg falsch. Und das gerade auch mit Blick auf die aktuelle Situation: Schließlich leiden auch Frauenhäuser unter den horrenden Energiekosten. Diese Kürzung zur Unzeit ist ein großer Fehler auf dem Rücken hilfesuchender Frauen und Mädchen. Ministerin Paul muss diesen Fehler rückgängig machen, noch ist Zeit dafür.

Meine Haushaltsrede im Landtagsplenum: bit.ly/3WvazvO

Freiraum statt No-Go-Area: Gegen digitale Gewalt im Internet

Sexistische Anmachen, herabwürdigende Kommentare über das Aussehen, unerbetene pornografische Fotos und Videos. Aber auch Anbahnungsversuche von älteren Männern: Für viele Frauen, Mädchen und LGBTIQ+-Personen ist das schrecklicher Alltag.
Denn die Folgen digitaler Gewalt und digitalen Missbrauchs sind dramatisch: Sie reichen vom Rückzug aus den sozialen Medien bis hin zu psychischen Erkrankungen. Und die Formen der Hassrede und der sexualisierten Herabwürdigung nehmen zu. Dabei sollte das Netz doch ein Raum unbegrenzter Möglichkeiten und Selbstentfaltung sein – für alle Menschen.

Wir dürfen das Internet nicht zur No-Go-Area verkommen lassen, in der Frauen, Mädchen und LGBITQ+-Personen nicht mehr vorkommen. Wir müssen besser vor Gewalt und Missbrauch im Netz schützen. Dafür haben wir einen Antrag gegen digitale Gewalt in den Landtag eingebracht: Wir fordern darin eine umfassende Strategie gegen digitale Gewalt, die Prävention und Opferschutz zusammendenkt.

SPD-Antrag „No-Go-Area Internet? Sexualisierte Gewalt und Sexismus im Internet bekämpfen!“: bit.ly/3FF4Bl1

Nicht mit uns: Radikale Abtreibungsgegner bedrohen Mitarbeiter*innen einer neuen Tagesklinik für Schwangerschaftsabbrüche

Nach vielen diskussionsreichen Jahren hat die Ampel-Regierung im Bund in diesem Jahr den Paragrafen 219a abgeschafft. Das war überfällig. Dennoch ist die Versorgungslage für Schwangerschaftsabbrüche weiter kritisch, da immer mehr Ärzt*innen in den Ruhestand gehen und der Nachwuchs fehlt.
Insofern war es positiv, dass vor wenigen Wochen in Dortmund-Körne eine Tagesklinik eröffnet wurde, in der Frauen einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen können. Es dauerte allerdings auch nicht lange, bis radikale Abtreibungsgegner*innen vor die Praxis zogen, um gegen die niederländische Betreiberin Gabi Raven und ihre Mitarbeiter*innen zu demonstrieren. Bei solchen Aktionen – diese finden übrigens auch oft vor Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen statt – werden regelmäßig Patientinnen auf der Straße angesprochen und eingeschüchtert. Das ist aber noch harmlos zu dem, was diese radikale Szene im Netz verbreitet. Dort werden der Holocaust verharmlost („Babycaust“) und Menschen offen Gewalt wie in den USA angedroht.
Deshalb haben wir kurzfristig mit SPD, AWO, Grünen, der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Dortmund, dem Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung und Pro Choice eine Gegendemo organisiert. Frei nach dem Motto: Mein Körper, meine Entscheidung!
Auch im Landtag haben wir den Vorfall im Rahmen einer Aktuellen Viertelstunde im Gleichstellungsausschuss aufgegriffen. Gemeinsam wollen wir uns mit allen demokratischen Fraktionen für einen besseren Schutz von Patient*innen, Ärzt*innen und ihrer Mitarbeiter*innen und die Bekämpfung der sogenannten Gehsteigbelästigungen einsetzen.

Jin, Jiyan, Azadî! Frauen, Leben, Freiheit!

Die Menschenrechtsverstöße im Iran sind erschreckend. Hunderttausende – vor allem junge Menschen – gehen auf die Straße, um für ihre Rechte und für die Freiheit zu kämpfen. Und um Mahsa Jina Amini zu gedenken, die im September nach ihrer Festnahme wegen des falschen Tragens eines Kopftuches durch Polizeigewalt ums Leben kam.
Ich bin beeindruckt, mit welchem Mut die Menschen im Iran sich gegen das Regime stellen, wohlwissend, dass ihnen zumindest eine Haftstrafe, in einzelnen Fällen sogar die Todesstrafe droht. In dieser Zeit ist unsere Solidarität wichtig. In dieser Zeit ist es wichtig, immer wieder auch international auf das Unrecht im Iran aufmerksam zu machen.
Am 19. November habe ich deshalb auf einer Demo in Düsseldorf den Protestierenden die Solidarität der SPD-Landtagsfraktion übermittelt. In der letzten Woche war Menschenrechtsaktivistin Daniela Sepehri bei uns in der SPD-Landtagsfraktion zu Gast, um über die aktuelle Lage und ein Patenschaftsprogramm zu berichten. Auch ich werde eine Patenschaft über eine inhaftierte Person übernehmen und öffentlich über das Schicksal dieser Person berichten, denn Öffentlichkeit schützt sie. Viel zu oft verschwinden festgenommene Menschen im Iran, gerade dann wenn sie selbst nicht in der Öffentlichkeit stehen.

Die Interessen der Arbeitnehmer*innen bleiben mir weiter ein wichtiges Anliegen

Viereinhalb Jahre war ich Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Arbeit in der NRWSPD. Eine Aufgabe, die mir viel Spaß gemacht hat, für die ich zuletzt aber immer weniger Zeit hatte. Deshalb habe ich den Staffelstab bei der AfA-Landeskonferenz im Oktober an meine Stellvertreterin Ina Spanier-Oppermann weitergegeben, die nun die AfA leiten wird.

Wir haben in den letzten Jahres einiges erreicht. Im Mittelpunkt der ersten beiden Jahre stand die Schärfung des inhaltlichen Profils und der Aufbau der Öffentlichkeitsarbeit im Internet und in den sozialen Medien. Im Vorfeld der Landtagswahl haben wir dann die Kampagne „Werktage müssen besser werden. natürlich ökologisch und sozial gerecht!“ ins Leben gerufen, um einzelne

Themen wie die sachgrundlose Befristung voranzubringen und für Errungenschaften wie den Mindestlohn zu werben. Der Austausch mit den Gewerkschaften wurde intensiviert.
Natürlich werde ich mich auch in der Zukunft weiter für die Rechte und Interessen der Arbeitnehmer*innen einsetzen. Als Landtagsabgeordnete und als stellvertretende Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Dortmund.

Paritätische Mitbestimmung bei der EDG muss erhalten bleiben

Die Wähler*innen haben die CDU bei der letzten Kommunalwahl nur noch zur drittstärksten Kraft gemacht. Folge war unter anderem, dass sie nun ihren Aufsichtsratsposten bei der EDG räumen musste, da dieser nun von den Grünen als neue zweitstärkste Fraktion im Rat besetzt wird. Um ihr Mandat nun zu retten, wollte die CDU den Aufsichtsrat der EDG erweitern und damit auch die Parität zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter*innen beenden. Grüne und Linke hatte sie hierfür bereits an Bord. Dies ist aus SPD-Sicht aber nicht zu tolerieren, denn damit wird versucht, auf dem Rücken der EDG-Mitarbeiter*innen ein demokratisches Ergebnis auszuhebeln.

Der SPD-Unterbezirksvorstand hatte deshalb beschlossen, dies nicht mitzumachen. Die Mitbe-

stimmung im Betrieb und die Parität im Aufsichtsrat sind für uns oberste Maxime. Eine Erweiterung des Aufsichtsrats zu Ungunsten der Belegschaft machen wir nicht mit. Als SPD Dortmund fordern wir die Beibehaltung der Parität im Aufsichtsrat der EDG. Das bedeutet: 50% der Aufsichtsratsmandate gehen an die Arbeitnehmer*innen.
Nach langen Diskussionen im Rat und nach dem Druck der Gewerkschaften haben sich CDU, Grüne und Linke unserem Vorschlag nun doch angeschlossen, die Parität beizubehalten. Dafür wird der Aufsichtsrat jedoch von 12 auf 18 Mitglieder aufgestockt. Eine Folge, die CDU, Grüne und Linke verantworten müssen.

Wie hilft die Landesregierung eigentlich in Not geratenen Kleingartenvereinen?

In der letzten Woche erreichte uns die erste Meldung von einem Kleingartenverein, der sich aufgrund steigender Energiekosten in seiner Existenz bedroht sieht. Wie bei anderen Vereinen und sozialen Einrichtungen auch, stehen auch die Kleingartenvereine vor der großen Herausforderung dies zu stemmen. Im Fall des Kleingartenvereins Hafenwiese in der Dortmunder Nordstadt haben sich die Energiekosten verdreifacht. Das können sich 45 Mitglieder nicht mehr leisten. Damit muss der Verein in Vorkasse gehen.

Kleingärten sind Orte des sozialen Miteinanders, des Umweltschutzes und grüne Oasen in den Städten, die positive Auswirkungen auf das Mikroklima und die Biodiversität vor Ort haben. Nicht umsonst haben Kleingärten Verfassungsrang in Nordrhein-Westfalen. So lautet der Artikel 29, Absatz 3 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen: „Die Kleinsiedlung und das Kleingartenwesen sind zu fördern.“ Kleingartenvereine sollen gerade Menschen mit niedrigem Einkommen ermöglichen, ein eigenes Gartenstück zum Zwecke der Selbstversorgung und Erholung zu bewirtschaften. Durch steigende Kosten wird dies für Menschen mit niedrigen Einkommen jedoch immer unerschwinglicher. Besagter Kleingartenverein Hafenwiese liegt in der Nordstadt, der Dortmunder Stadtbezirk mit der mit Abstand höchsten Armutsquote und der höchsten Bevölkerungsdichte. Gerade hier erfüllen Kleingärten eine umso wichtigere soziale und ökologische Funktion.
Wenn sich Menschen mit kleinen Einkommen nun nicht mehr ihren Garten leisten können, sehe ich das Land in der Verantwortung, Vereine und Kleingärtner*innen u unterstützen. Ich habe deshalb in meiner Funktion als Ansprechpartnerin der SPD-Landtagsfraktion für das Kleingartenwesen eine Kleine Anfrage gestellt, wie das Land in solchen Fällen helfen wird.

Kleine Anfrage „Dortmunder Kleingartenverein aufgrund steigender Energiekosten in Existenznot – was tut die Landesregierung?“: bit.ly/3YyDRve

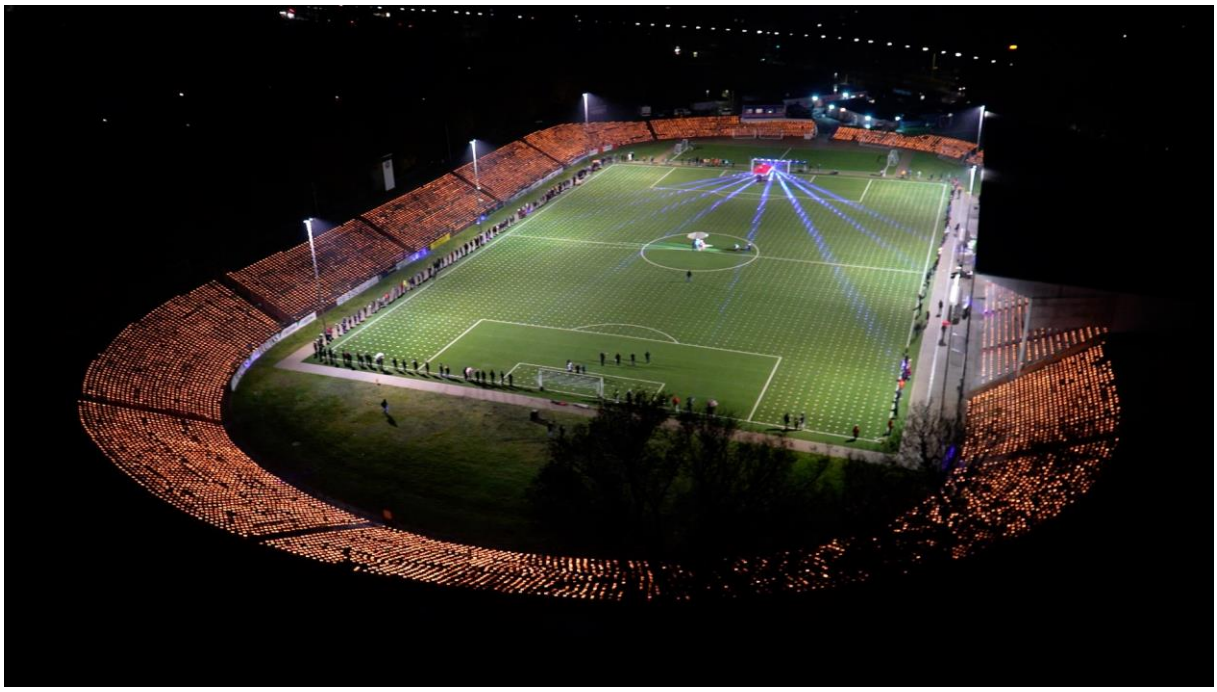
Erst Wahlkampf, dann Jugend-Landtag, jetzt SPD-Mitglied

Ich freue mich, wenn sich junge Menschen für Politik interessieren. Und umso mehr, wenn dieses Interesse im Mitmachen mündet. So wie bei Louis Assauer, den ich im Landtagswahlkampf kennenlernte und der im Wahlkampf einfach mal mitgemacht hatte. Ende Oktober nahm er nun als mein Vertreter am Jugend-Landtag, einem dreitägigen Planspiel des Landtags, teil und startete dort direkt durch. Er wurde in den Vorstand der SPD-Jugendlandtagsfraktion gewählt und brachte sich dort in die Debatte um die Senkung des Wahlalters bei Landtagswahlen auf 16 Jahre ein. In den drei Tagen simulierten die Teilnehmer*innen die parlamentarischen Abläufe im Landtag – von der Fraktionssitzung über Ausschusssitzungen bis hin zur zentralen Plenarsitzung.
Ein paar Tage nach dem Jugend-Landtag traf ich mich mit Louis, um mich über seine Eindrücke und Erfahrungen auszutauschen. Besonders gefreut habe ich mich, dass er bei diesem Treffen seinen Mitgliedsantrag für die SPD unterschrieben hat. Herzlich willkommen in der SPD, lieber Louis!

Stolpersteine in Hörde wurden gereinigt

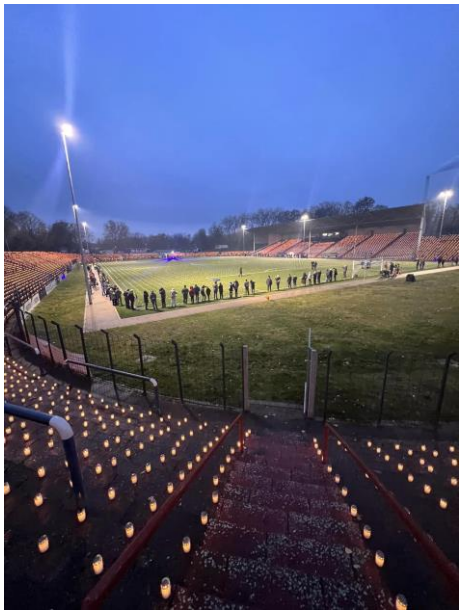
„Kommen Sie wieder und bringen Sie jemanden mit, der noch nicht hier war.“ Mit diesem Satz verließ ich Ende September das KZ Auschwitz-Birkenau. Und weil Polen nicht unbedingt um die Ecke liegt, mich dieser Satz aber bis heute tief beeindruckt, habe ich im Vorfeld der Pogromnacht am 9. November gemeinsam mit Schüler*innen der Marie-Reinders-Realschule in Hörde Stolpersteine geputzt. Ein weiterer Schritt, um mich gegen das Vergessen zu engagieren. Mein herzlicher Dank gilt allen Schüler*innen, dem Aktionskreis Hörder Pogromgedenken und allen Beteiligten.

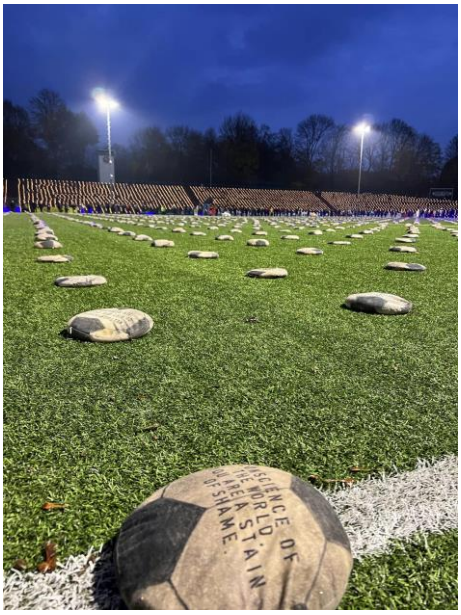
Videoimpressionen von der Stolperstein-Putzaktion in Hörde: bit.ly/3WqvxvE



Mahnmal zum WM-Anpfiff: Trauerfeier für die toten Arbeiter

Sie kamen aus den ärmsten Ländern der Welt und wollten Geld für sich und ihre Familien beim Bau der Stadien in Katar verdienen. Sie wurden ausgebeutet und mussten unter menschenunwürdigen Verhältnissen arbeiten. Viele tausend Menschen kamen zu Tode und ließen ihre Familie in noch größerer Armut zurück. Um auf dieses Unrecht aufmerksam zu machen veranstaltete der AWO Bezirk Westliches Westfalen am 20. November, zeitgleich zum Eröffnungsspiel der Fußball-Weltmeisterschaft, gemeinsam mit AWO International und dem Künstler Volker-Johannes Trieb eine Trauerzeremonie im Stadion in Herne. 6.500 mit Sand gefüllte Bälle und 20.000 Grablichter, die von Hunderten engagierten AWO-Mitgliedern und AWO-Mitarbeiter*innen aufgestellt wurden, erinnerten an die Toten und machten deutlich: Die FIFA hat den Fußball verraten und verkauft. Profit darf nicht über Menschlichkeit siegen. Menschenleben dürfen nicht für Gewinne geopfert werden.





Butschkau unterwegs

Hier seht Ihr wieder – kurz notiert – was sonst noch so war.

Zu Besuch bei Train of Hope Dortmund

Das älteste schwul-lesbisch-queere Zentrum Deutschlands, das KCR feierte seinen 50. Geburtstag.

Austauschgespräch mit dem Stadtverband Dortmunder Gartenvereine

Zu Besuch im Landtag: der AWO-Ortsverein Oespel und die Tagespflege im Eugen-Krautscheid-Haus.

Für die Dortmunder SPD-Abgeordneten beim Jugend-Landtag dabei: Louis Assauer, Kiran Gurung, Michelle Gnatzy und Calvin Zeu.

Zu Besuch im Landtag: Studierende der Sozialen Arbeit der Katholischen Hochschule NRW.

Am bundesweiten Vorlesetag habe ich in der AWO Kita Am Bruchheck in Hörde vorgelesen.

Mit unserem queerpolitischen Sprecher Frank Müller habe ich das queer-feministische Bildungsprojekt lila_bunt in Zülpich besucht.

Der erste mehrsprachige öffentliche Bücherschrank Dortmunds am BunkerPlus in der Nordstadt.

Am 1. Dezember war Welt-Aidstag

Street-Art-Ausstellung bei der AWO-Assistenzagentur

Verteilaktionen mit dem Weihnachtsmann am Roten Tannenbaum in Hörde und in Hombruch.

Weihnachtskonzert des Shantychors Dortmund

Zu Besuch bei Marten im Advent

Auf Geschenketour durch den Wahlkreis

Jubilarehrung im SPD-Ortsverein Kirchhörde/Löttringhausen